

Friedhelm Boginski

(A) Die CDU/CSU wird ihrem eigenen Anspruch gar nicht gerecht, grundlegende Veränderungen oder gar Neues erreichen zu wollen. Es fehlt Ihnen an einer Analyse, und strukturelle Änderungsvorschläge vermisse ich hier wirklich, also die Antwort auf die Frage, wie wir den Herausforderungen in der beruflichen Bildung, die in den letzten 10 bis 20 Jahren immer wieder zugenommen haben, begegnen können.

Meine Parteikollegin Ulrike Flach war im Jahr 2004 Vorsitzende des Bundestagsbildungsausschusses und fürchtete vor 20 Jahren, dass die duale Ausbildung in eine Krise gerate. Ihr Parteikollege, der damalige CDU-Vize Jürgen Rüttgers, forderte damals mehr „Vernetzung von Berufsvorbereitung, beruflicher Ausbildung und lebenslangem Lernen“. Auch wollte man eine „neue Säule der Berufsbildung“, um mit Kompetenzmodulen Hunderttausenden Jugendlichen zu helfen, die sonst durch den Rost der beruflichen Bildungsgänge fallen würden. Das war 2004. Dazwischen liegen 16 Jahre, in denen das Bildungsministerium durch die CDU geführt wurde.

Es geht meines Erachtens heute um die Antwort auf die Frage, wie man das Verhältnis der Länder zum Bund neu anlegen muss, um Deutschlands Zukunftsthema Bildung nicht im Gezänk der Verwaltungen ersticken zu lassen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich teile den Wunsch, schneller und wirksamer mehr junge Menschen zu erreichen und für Karrierewege in der betrieblichen Ausbildung zu interessieren. Es braucht *eine* Hand, die verantwortlich handelt und einen bundesweiten Rahmen setzt. Sie fordern Standards, aber ohne einen Verantwortlichen zu benennen. Stattdessen regen Sie beim Bund an, zusammen mit der Kultusministerkonferenz und den Schulträgern einheitliche Standards zu entwickeln.

(B)

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Genau das tun wir!)

Aber diese KMK-Standards haben wir ja bereits.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Nein!)

Sie wurden in der Kultusministerkonferenz am 7. Dezember 2017 beschlossen. Bitte mal nachlesen!

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Das nützt nichts, wenn man sie nicht umsetzt!)

Was erzählen Ihnen die CDU/CSU-Bildungsministerinnen und -minister in den Ländern, warum sie bei der Berufsorientierung nicht aus dem Knick kommen, obwohl es diesen KMK-Beschluss schon lange gibt?

Sie haben noch mehr Widersprüche in Ihrem Antrag. Sie fordern auf der einen Seite, dass der Bund mehr für die Lehrkräftefortbildung tun möge, aber auf der anderen Seite sind es Ihre Landesbildungsministerinnen und -minister, die die Festschreibung einer Weiterbildungsquote für Lehrerinnen und Lehrer im Digitalpakt 2.0 als unanständige Einmischung ablehnen. Das ist das Verhältnis, was wir haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) Die Bundesregierung hat mit der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung einen kraftvollen Aufschlag gemacht – diese fängt an zu wirken –, und auch die Berufsorientierung nimmt hier einen besonderen Raum ein; das empfinde ich so.

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Das glaube ich!)

Die Bundesregierung hat mit der neuen Fachkräftestrategie auch die Bedeutung der Weiterbildung unterstrichen. Die Sozialpartner sind spätestens jetzt gefordert, strukturell die Frage zu beantworten, wie bereits ausgebildete Menschen auf dem Weg in eine digitalisierte Arbeitswelt mitgenommen und fit gemacht werden können.

Die Nationale Weiterbildungsstrategie ist wichtig, um dem Mittelstand, also den kleinen und mittleren Betrieben, Wege aufzuzeigen, wie sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Weiterbildung bei der Stange halten, aber auch selbst verstärkt neue digitale Geschäftsfelder erschließen. Die Anstrengungen der Sozialpartner gibt es auch, um Ausbildungsordnungen zu modernisieren und attraktiver zu machen, vor allen Dingen für junge Menschen.

Beim Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz werden wir jetzt viele gute Punkte auf den Weg bringen – darüber haben wir schon diskutiert –,

(Stephan Albani [CDU/CSU]: Ihr habt doch schon zweieinhalb Jahre Zeit gehabt!)

so zum mobilen Ausbilden und zu mehr Flexibilität bei der Anerkennung individueller Fertigkeiten. Wir haben auch im Rahmen der Befassung mit dem Gesetz große Veränderungsängste bei den Sozialpartnern spüren können, und darauf sind wir zum Teil auch eingegangen. Das haben wir also berücksichtigt. (D)

Zusammenfassend muss man sagen: Der CDU/CSU-Antrag ist eher kraftlos, eher eine Zusammenstellung bereits bestehender Ansätze und Forderungen. Ich wünsche mir daher mehr Teamgeist aller Bildungspolitiker, mehr Tempo, mehr Entscheidungsfreude, mehr Risikobereitschaft, also mehr Mut, die duale Ausbildung voranzubringen, auch und vor allem in den Bundesländern.

Danke.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Stephan Albani [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat jetzt Gitta Connemann das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, auch auf der Tribüne! „Was willst du werden, wenn du groß bist?“ Als Kind ist die Antwort leicht gegeben: Polizist, Bäcker, Prinzessin, Baggerfahrerin. Später ist das durchaus schwieriger, übrigens auch, weil wir immerhin 324 anerkannte Ausbildungsberufe haben. Wer soll

Gitta Connemann

(A) da den Überblick behalten, insbesondere da die wichtigsten Berufsberater in Deutschland nach wie vor die Eltern sind?

Viele kennen nur einen Bruchteil der Berufe, und Gymnasiasten werden zudem auch aufs Studium vorprogrammiert. Dabei wächst übrigens die Anzahl an Abiturienten, die eine Ausbildung machen wollen; dagegen sinkt leider der Anteil der Hauptschulabsolventen in Ausbildung. So werden Chancen verpasst.

Deswegen hätte ich mir etwas mehr Ernsthaftigkeit auch seitens der Ampel gewünscht, die unseren Antrag ablehnt, aber keine Alternative vorlegt;

(Beifall bei der CDU/CSU)

denn am Ende geht es hier um 630 000 Jugendliche in Deutschland, die nicht zur Schule gehen, nicht zur Arbeit gehen, keine Ausbildung machen. Wo ist Ihr Angebot an diese Jugendlichen und damit für unsere Zukunft?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist eine Katastrophe: persönlich, aber auch volkswirtschaftlich. Unsere Betriebe suchen händeringend nach Auszubildenden. Sie sprechen von einem Recht auf Ausbildung. Das könnte jederzeit umgesetzt werden, wenn Sie Auszubildende und Betriebe matchen würden und nicht Fehlanreize schafften, wie zum Beispiel auch das Bürgergeld.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Damit wird der Arbeits- und Fachkräftemangel zum Bremsklotz für unseren Mittelstand.

(B) Die duale Ausbildung ist die Visitenkarte Deutschlands, ein Sprungbrett. Sie öffnet die Türen auch wegen bewährter Strukturen unter anderem in den Betrieben, Innungen, Kammern, Berufsschulen, auch bei der Bundesregierung. Wir haben mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung eine starke Einrichtung für die Aus- und Weiterbildung, auch dank eines Präsidenten, der weiß, wovon er spricht; denn Friedrich Esser ist ein Praktiker. Auch zukünftig muss wieder jemand aus der Praxis an der Spitze des BIBB stehen – das ist unsere Forderung –,

(Beifall bei der CDU/CSU)

der auch weiter für die Berufsorientierung kämpft. Das ist das A und O einer guten Berufswahl.

Dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, zeigt die Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage. Es gibt einen Dschungel unterschiedlicher Programme von Land zu Land, von Schule zu Schule – etliche ohne Reichweite. Etliche Ihrer Programme erreichen 0,8 Prozent der Schüler. Schauen Sie sich Ihre eigenen Zahlen an. Erfolgsprojekte wie Jobstarter lassen Sie auslaufen. Sie haben kaum digitale Angebote. Es gibt zu wenig Berufsorientierung an Gymnasien, auch veraltete Ausbildungsanforderungen, zu hohe Hürden.

Deswegen brauchen wir dem Grunde nach neben der Gleichwertigkeit einer beruflichen und akademischen Ausbildung einen Befreiungsschlag.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Sie kommen zum Ende, bitte.

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Diesen bieten wir Ihnen an.

(C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin!

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Gerade die Jugendlichen hätten mehr verdient als Ihr schnödes Ja-Nein. Machen Sie doch einfach mal!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Martin Rabanus ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Martin Rabanus (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte wie einige meiner Vorredner eher einen versöhnlichen Ton anschlagen und mich auch ganz herzlich für diesen Antrag bedanken, der uns die Gelegenheit gibt, über das wichtige Thema der Förderung und Stärkung der beruflichen Bildung einerseits, aber auch über die verschiedenen Leistungen der Ampelkoalition andererseits hier noch einmal gemeinsam zu diskutieren. Denn im Kern verfolgt dieser Antrag das Ziel der Gleichwertigkeit von beruflicher, allgemeiner und akademischer Bildung. Und in diesem Ziel – Kollege Albani hat das auch dankenswerterweise gesagt – sind wir uns vollkommen einig. Das ist übrigens nicht erst seit heute, gestern oder seit Beginn dieser Wahlperiode so, sondern war auch schon in dem Zeitraum so, den ich überblicken kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir sind uns auch einig in der außerordentlichen Wertschätzung der beruflichen Bildung, angefangen bei den vollschulischen Ausbildungsgängen über die duale Ausbildung bis hin zur Meisterausbildung. Ich sage auch dazu, dass es gerade die duale Ausbildung ist, auf die wir in besonderer Weise stolz sein können. Sie ist ein Erfolgskonzept, wofür wir überall in der Welt beneidet werden. Auch das ist schon angeklungen.

Vor dem Hintergrund nehmen wir sehr ernst, was mit Blick auf die berufliche Bildung gesagt wurde. Immer weniger Jugendliche entscheiden sich für Bildungsgänge der beruflichen Bildung, an vielen Stellen gibt es natürlich noch Matching-Probleme, Ausbildungsstellen bleiben unbesetzt. Beim DQR darf es nicht nur bei schönen Worten wie Gleichwertigkeit bleiben, sondern am Ende des Tages muss es sich auch auszahlen. Ich füge hinzu: Das wäre in der letzten Wahlperiode an der SPD nicht gescheitert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

(D)